

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für Nachgelieferte: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Umgebung bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 20,-
oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 22,-
Die 10paltige 32 mm breite Zeile M. 9,-, außerhalb Sachens M. 11,-. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10paltige Zeile und Ver-
dienste 25% Nachsch. Vorzugsplätze laut Tarif. Unverlangte Aufträge gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Eysch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die deutsche Ablehnung der Ausgleichszahlung.

Der Wortlaut der Antwort an Poincaré.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Aug. Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die französische Note vom 26. Juli, in der das deutsche Ersuchen vom 14. Juli um Herabsetzung der Pariszahlungen im Ausgleichsverfahren und um Urteilen der gemischten Schiedsgerichte Artikel 297 abgelehnt wurde, ist heute vormittag durch die deutsche Botschaft in Paris der französischen Regierung übergeben worden. Sie lautet:

Herr Ministerpräsident! Ich beehre mich den Empfang der Note Eurer Exzellenz vom 26. Juli 1922 zu bestätigen. Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juli 1921 ist von Deutschland nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten alliierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli, die der französischen Regierung bekannt ist, gleichzeitig an die anderen hauptbeteiligten Mächte gerichtet worden. Die deutsche Regierung kann sich über ihre weitere Stellungnahme aus diesem Grunde erst schlüssig machen, wenn sich alle beteiligten Regierungen geeinigt haben. Eine andere Haltung ist ihr auch angelehnt.

In ultimativer Form angedrohten, nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht möglich. Indem sich die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst vorbehält, bemerkt sie schon jetzt, die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren nach Artikel 297 leisten muß, können letzten Endes nur aus derselben Quelle geschöpft werden, wie die Reparationszahlungen, gleichviel ob es sich um Schulden des Reiches oder um Privatschulden handelt. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit der Herausnahme von Devisen aus der gesamten deutschen Wirtschaft die gleiche, und für die Wirkungen dieser Reparationen auf den Markkurs ist es ohne Bedeutung, an welcher Stelle und auf Grund welcher Paragraphen die Zahlung erfolgt.

Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entziehung von monatlich 50 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht fragen kann, so wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die Ausgleichszahlung und fast 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin aufgebracht werden können.

Alle diese Leistungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plan behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Kürzung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf denselben Gründen, die für die deutsche Regierung bei ihrem Antrag auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen maßgebend gewesen sind, nämlich der derzeitigen Erschöpfung der Fähigkeit Deutschlands zu Zahlungen in ausländischer Währung, die in dem katastrophalen Niedergang der Mark deutlich zum Ausdruck kommt. Inzwischen ist nach dem Eingang der Note Eurer Exzellenz ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten und die Mark bis auf $\frac{1}{10}$ ihres Friedenswertes gesunken. Deutschland macht alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierzu ist aber vor allem die Gesundung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung wie die ganz

Europas kann jedoch nur erfolgen durch die alsbaldige solidarisierende Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wieder aufbauend, sondern zerstörend.

Belgischer Einspruch gegen die Note Poincarés.

Paris, 1. Aug. „Petit Journal“ meldet, Belgien habe beschlossen, gegen die Note Poincarés bei der Reparationskommission Einspruch zu erheben. Es handle sich um eine interalliierte Frage, in der Frankreich nicht auf eigene Faust Forderungen aufstellen könne. Die französischen Forderungen stellen überdies die Prioritätsrechte Belgiens in Frage. Die Reparationskommission habe nach dem Vertrag von Versailles ein Recht auf alle deutschen Einnahmen. Eine verfügbare Mittel Deutschlands seien in erster Linie für die eigentlichen Reparationen zu beanspruchen. Belgien ersucht die Reparationskommission, die Begleichung der Forderungen französischer Privatgläubiger in Deutschland in gleicher Weise zu unterlagen, wie dies bei sonstigen Auslandszahlungen geschehen ist. „Petit Journal“ fügt hinzu, es sei bedauerlich, daß die Dinge eine solche Wendung genommen hätten, da hierdurch die Verhandlungen in London gewiß nicht erleichtert würden.

Ein provisorisches Moratorium?

London nur eine Vorkonferenz!
Paris, 1. Aug. Im Auswärtigen Amt wurde den französischen Pressevertretern gestern erklärt, Poincaré werde das von Lloyd George genannte Datum für die Londoner Konferenz, den 7. August, aller Vorbedacht nach annehmen. Nach einer Davos-Meldung glaubt Lloyd George, daß die Zusammenkunft mehr den Charakter eines persönlichen Meinungsaustausches trage und nicht zu endgültigen Beschlüssen führen werde. Lloyd George wünsche, daß die Mächte im September zu einer Konferenz im Obersten Rat zusammenzutreten, um die Reparationsfrage sowie die anderen Probleme, Tanager und die Lage im Osten, zu besprechen. In Erwartung der endgültigen Lösung der Reparationsfrage soll Deutschland nach dem Vorschlag Lloyd Georges ein provisorisches Moratorium für die nächsten Barzahlungen bewilligt werden.

Die passive deutsche Zahlungsbilanz.

Im Zusammenhang mit der ablehnenden Antwort der französischen Regierung auf das Gesuch Deutschlands, die aus dem Clearingverfahren erwachsenden Unkosten herabzusetzen, stellt der „Vorwärts“ fest, daß der gesamte Bedarf Deutschlands an Golddevisen auch ohne Reparationsleistungen, ohne Befahrungskosten und die Kosten für das Ausgleichsverfahren die Einnahmen Deutschlands an Golddevisen übersteigt. Allein durch die Bestattung der Handelsbilanz ist die Zahlungsbilanz heute mit mehr als einer Milliarde Goldmark passiv.

Berlin, 1. Juli. Frankreich hat bekanntlich Deutschland nahegelegt, neue Steuern zu schaffen, um seinen Zahlungen nachkommen zu können. Wie wir hören, hat das Finanzministerium in verschiedenen Sitzungen die Frage beraten, ob es möglich sei, neue Steuerquellen zu erschließen. Das Resultat aller Beratungen war jedoch, daß man zu dem Beschlusse kam, neue Steuerquellen in Deutschland augenblicklich nicht mehr finden können. Ueberhaupt nicht mehr!

Österreichische Sommertage.

Wien, Ende Juli.
Sommerzeit, heiße Zeit: Gott hat Segen ausgeschüttet. Deft ist jetzt die Zeit in Österreich, im südlichsten deutschen Lande; und oft laitet eine dumpfe Schwüle über dem Dänubiermeer Wiens. Es ist nicht nur die sommerliche Hitze, die die schlaftrigen Barockbauten der einstigen Kaiserstadt an der Donau mit einem feinen Dunst überzieht und der Stadt jenen weichen Schimmer von Kulturmüdigkeit einhaucht, der sie dem Fremden so anheimelnd macht, den aber der Volkswirtschaftler als ein böses Zeichen deutet. Müde ist eben in diesem Sommer Österreich geworden. Und man will sich kaum zu großer Tat aufraffen. Daß das Parlament den Sanierungsplan beschloß, daß sich überhaupt eine Regierung fand, ihn einzubringen, wird ja doch nicht viel mehr als eine letzte heroische Weile bleiben. Aus eigener Kraft wird Österreich an der Todeswunde von Saint-Germain niemals genesen. Dieses Joch des Schmachbriedens abzuschütteln, dazu aber fehlt dem österreichischen Volk die Kraft und auch das politische Empfinden. Dieses verachtet sich im inneren Kleinrieb, im Parteienkampf. Die Not des Alltags wird immer härter. Da ziehen die Invaliden mit Weib und Kind zum Parlament und stufen, von Hunger und Hitze geplagt, auf den Stufen und dem Straßensplatter müde nieder. Ihrer Vieltausende sind es, sie wollen eine Erhöhung der Renten, der Bundeskanzler tritt heraus und verspricht alles; aber nach einer Woche schon hat die fortschreitende Geldentwertung den Erfolg zu nichte gemacht. Die Invaliden aber werden kaum mehr kommen; sie sind zu müde und gewöhnen sich leichter an Hunger. Ein andermal, als der Preis des Brotes von 1600 auf 2000 Kronen hinaufschielte, da marschierten die Arbeiter zweier Großbetriebe auf der Ringstraße. Niemandemonstrationen werden erwartet; Polizei marschiert auf, die Geschäftsinhaber schließen panisch die Türen; vielleicht steht die Regierung vor der Tür. Aber der Ausgang aus den Vorstädten bleibt aus, die Demonstration verbleibt; die Sozialdemokraten haben abgemerkt. Es hätte ja doch keinen Zweck. Auch die politische Opposition wird von der Resignation erhitet. Nun haben sich wohl in Deutschland die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten zur Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Den Unabhängigen waren die österreichischen Sozialdemokraten fastlich verbrüdet; vielleicht wird diese Entwicklung in Deutschland auch die österreichische Sozialdemokratie zur Unterordnung unter den Staatsgedanken bestimmen. In der österreichischen Provinz haben die Arbeiterführer hierfür jedenfalls mehr Verständnis, als in Wien. Insbesondere könnte der fürzlich in Eisenstadt neu eröffnete burgenländische Landtag für das Zusammenarbeiten aller Parteien vorbildlich sein.

Die wirtschaftlichen Erschütterungen bringen auch in das Kunstleben Wiens eine innere Unruhe. Die Wiener Kunst wird immer mehr eine Domäne des Fremdenbesuchs. Die Einheimischen, insbesondere die Mittelständler — wo könnte sich dieser einen Sitz in der Staatsoper um 2000 Kronen leisten —, sind auf Sondervorstellungen, in den Ausstellungen auf eigene Beschäftigung beschränkt; Wohltätigkeitsmaßnahmen für „arme Leute“. Auch die Bücher werden immer teurer, insbesondere seitdem einige gewissenlose österreichische Buchhandlungen die zu Vorzugspreisen bezogenen reichsdeutschen Lieferungen mit Gewinn ins volatilarische Ausland weiterverkauften. Der reichsdeutsche Buchhandel ist darüber mit Recht verstimmt und macht nunmehr preispolitische Schwierigkeiten, die letzten Endes nur zum Schaden der österreichischen Intelligenz ausgeben.

Auch als Musikstadt droht Wien zu verdorren. Mäandrisch hochstehende Orchester kämpfen hart um tägliche Brot. Die weltberühmten Philharmoniker werden den Sommer über eine Vortragsreise durch Südamerika. Andere Orchester haben sich auf den Fremdenverkehr eingerichtet und geben im neueröffneten Burggarten oder im Belvedere Sinfoniekonzerte im Freien.

Wie man aus dem allmählichen Verkümmern der Kirchenmusik in Wien ersehen kann, verarmt auch die katholische Kirche in Österreich; so ist es zu erklären, daß der Erzbischof von Salzburg die dortige Kollegiatenkirche einer Theatergesellschaft verpachtete, in der diese demnächst Hofmannsdials Das große Salzburger Welttheater zur Aufführung bringen will. Die Theatergesellschaft wird einen Teil der Einnahmen zur Wiederherstellung der dort in Verfall geratenen Kirche verwenden, deren Küster heute noch einen Monatsgehalt von, sage und schreibe, 80 Kronen = 1 Mark bezieht!

Salzburg und Tirol, insbesondere die Hohen Tauern und die Zillertaler Alpen, lassen so recht den Segen Gottes über dem österreichischen Lande erkennen. Hier steht der Fremdenverkehr in voller Blüte. Und wieder steht Deutschland das härteste Kontingent. Gott sei Dank! Denn man hätte schon eine national weniger erwünschte Invasion befürchtet. Aber diese bleibt auf die großen Fremdenorte, auf Rißbüchel, Bad-Gastein, Innsbruck, beschränkt. In die Berge hinauf ziehen nur die Deutschen. Und in diesen österreichischen Alpen gibt's auch herrlich schön. Der Schutthüttenbetrieb klappt; nur das Führerwesen ist ziemlich verteuert. Aber allenthalben werden Kurie für Amateurführer abgehalten, die, finanziell weniger interessiert, in wenigen Jahren schon dem Mittelständler fühnere Touren erschließen werden. Im Alpinismus liegt ja der beste Ertrag für die soldatische Jugend. Ergraute Männer stellen sich in den Dienst touristischer Ertrüchtigung. Ein böses Geschick ereilte dabei den 53jährigen Universitätsprofessor Dr. Höfferich aus Gießen, der vor wenigen Tagen, im Vertrauen auf seine guten Sehnerven, auf die Gletscherbrille verzichtete und nunmehr gänzlich erblindet auf einer Schutthütte liegt.

Nur in Kärnten, namentlich in der Tauernbahn, macht sich eine starke italienische Inflation bemerkbar. Aber trotz des „Sieges“ von 1918 sind diese südlichen Nachbarn mit ihrem lebhaften Temperament eher possierlich, als achtunggebend. Und doch stimmt die Erinnerung wehmütig. Einst kamen diese Leute als Erdgräber und Tunnelbohrer; jetzt aber als Kurgäste. Steht heute doch die Pira weit über 1100 Kronen.

Nur unter der Weltpolitik steht noch immer die österreichische Arbeit. Dieser Umstand zeugte eine ganz be-

Generalstreik in Italien.

Paris, 1. Aug. Aus Rom wird gemeldet, daß das Zentralkomitee der Arbeitsverbände am 31. Juli nachts den Generalstreik in ganz Italien proklamiert hat. Alle Arbeitskategorien, alle Berufe, überhaupt alle Angestellten sind darin einbezogen. Die Faschisten haben der Regierung eine Frist von 48 Stunden gestellt, den Streik einzudämmen. Wenn das nicht gelänge, würden sie selbst eingreifen, um dem Streik ein Ende zu machen.

Das französische Doppelspiel im Orient.

London, 1. Aug. Die Haltung der französischen Regierung gegenüber dem türkisch-griechischen Konflikt wird in Regierungskreisen hier eng kritisiert. Man wirft Frankreich vor, ein provokatorisches Doppelspiel gespielt zu haben, indem es einerseits die Angoraregierung mit Geld und Waffen unterstützt und zur Unversöhnlichkeit geraten habe, andererseits aber die griechische Regierung zu Sonderverhandlungen ohne Wissen des englischen Auswärtigen Amtes locken wollte. In Konstantinopel verlautet, die französische Regierung werde der englischen und der italienischen Regierung einen Aktionsplan zu Wasser und zu Lande gegen Griechenland unterbreiten, den sie unter Umständen allein durchführen wolle.

Wie aus Adrianopel gemeldet wird, ist der Kommandant der französischen Truppen, General Charpy, im französischen Hauptquartier an der Eschatalische-Linie, der englische General Harrington im englischen Hauptquartier in der griechischen Hauptquartier eingetroffen. Der Aufmarsch der griechischen Truppen vor der Eschatalische-Linie ist vollzogen. Aus Athen kommen Nachrichten, daß die Regierung die Ausföhrung des Ministerratsbeschlusses bezüglich einer militärischen Aktion noch aufschob. Wie verlautet, wird General Harrington zuvor eine Ansprache mit General Dadjianefis im griechischen Hauptquartier haben. Weiterer geht in Griechenland als energische Persönlichkeit, die dazu geeignet ist, den gordischen Knoten in der Orientfrage zu durchlöchern.

„Nur das Zentrum national.“

Berlin, 1. Aug. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Abg. Marx, betonte in einer Parteiversammlung in Münster, die Schwierigkeiten, die es machen würde, mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu arbeiten,

da die Weltanschauungsfragen von der Deutschen Volkspartei ganz anders beurteilt würden, als von links. Mit den Deutschnationalen sei ein Zusammengehen in der Arbeitsgemeinschaft zurzeit nicht möglich. Das Zentrum habe den Boden der Republik betreten. Die augenblickliche Regierung sei die uns von Gott gesetzte Obrigkeit. Die Deutschnationalen hätten kein Recht, sich atonal zu nennen, nur die Zentrumspartei sei national.

Wenn der Abg. Marx sich wirklich so geäußert hat, daß „nur die Zentrumspartei national sei“, so ist kein Wort der Kritik gegenüber einer derartigen parteipolitischen Verbohrtheit zu scharf.

Sowjet-Enthüllungen.

Wie die Revolution in Deutschland vorbereitet wird.
Berlin, 1. August. In der geheimen Sitzung der Aktionsausschüsse der Unabhängigen und Kommunisten im Berliner Gewerkschaftshause waren auch zwei Vertreter der Sowjetrußlands anwesend. Einer von ihnen erklärte, die dritte Internationale erwarte schließlich, daß die deutsche Revolution endlich weiter getrieben werde. Die Sowjetregierung werde sie weitgehend unterstützen. Es sei nötig und nur durch Mitwirkung der Reichsregierung möglich, die Rechte vor Ausbruch des Kampfes zu entwerfen. Die Reichsregierung habe sich zu diesem Schritt entschlossen. Die Erfolge seien nicht zu bezweifeln. Der russische Kriegskommissar sei von dem Volkskommissar für Neuheres ermächtigt, etatmäßige Stellen im Auslande auf scheinbar untergeordnetem Wege mit Spezialisten des roten Generalstabes zu besetzen. Ein Abgeordneter des moskauer Generalstabes sei bereits in Berlin in einer Eisenbahnkommission untergebracht. Das Gesetz zum Schutze der Republik sei eine siegreiche Etappe der vorwärtsschreitenden Weltrevolution. Nur der Bloß Bayern sei noch zu zerstören, und Bayern müsse deshalb diskreditiert werden. Bayers historische Sendung bestehe heute darin, die deutsche Einheit gegenüber der internationalen Verbundenheit der Sowjetleute und der Bolschewagnaten zu bewahren. Es sei gelungen, Dr. Brüch davon zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Konterrevolution verhindern könne.

Dollar (Amtlich): 644